

Demografischer Wandel: Wie wir alle (miteinander) leben werden

Zum Zusammenhang von Bevölkerungsvielfalt,
sozialer Ungleichheit und Gesundheit

von Dr. Andreas Edel, Dr. Fanny Kluge,
Prof. Dr. Michaela Kreyenfeld, Prof. Dr. Stefan Liebig
und Prof. Dr. Heike Solga (Berlin)

1. Einleitung: Demografie – eine Disziplin mit Perspektive
2. Die nächsten Jahrzehnte
 - 2.1 Die Babyboomer verlassen den Arbeitsmarkt
 - 2.2 Ist die hohe Lebenserwartung ein Danaergeschenk?
 - 2.3 Neue Formen von Familie
 - 2.4 Entwicklung der Geburtenraten – nur ein „Trägheitsphänomen“?
 - 2.5 Migration gewinnt wieder an Bedeutung
 - 2.6 Soziale Ungleichheit – immer noch ein „Dauerbrenner“
 - 2.7 Das neue „Buzzword“ Resilienz
3. Herausforderungen an die Politik
4. Planungswissen für die Zukunft
 - 4.1 Ein Einstein Center for Population Diversity
 - 4.2 Ein Förderfonds lädt zur Beteiligung ein
 - 4.3 Public-Private-Partnership als Bauprinzip
 - 4.4 Wozu ein neues Zentrum in Berlin?
5. Die demografische Zukunft – ein Ausblick
6. Kurz & knapp

Ihr schnellster Weg zu erfolgreichem Stiftungsmanagement.

ESV-Digital StiftungsWissen



Wo auch immer Sie sich engagieren: Die neue Datenbank **ESV-Digital StiftungsWissen** steht Ihnen immer mit dem richtigen Rat zur Seite – mit Antworten zu allen Stiftungsfragen. Praxisnah, aktuell, auf einen Klick.

- ▶ **Seien Sie am Puls des Geschehens** im Stiftungswesen und Nonprofit-Sektor.
- ▶ **Profitieren Sie vom Wissen** erfolgreicher Stiftungsmacher, Rechts-, Steuer- und Anlageprofis.
- ▶ **Stellen Sie die richtigen Weichen** in Stiftungs- und Stiftungssteuerrecht, Organisation und Vermögensmanagement.
- ▶ **Arbeiten Sie jederzeit von überall**, zeitlich flexibel und effizient mit Online-Suche, Notizfunktion, parallelem Lesen u.v.m.

Die neue Contentplattform **ESV-Digital** bündelt ausgewählte Fachinhalte aus dem Erich Schmidt Verlag zu maßgeschneiderten Datenbanken für die Berufspraxis und fachliche Qualifizierung.

Datenbank, Jahresabonnement

Einzellizenz: netto € 19,95/Monat

ESV-Bürolizenz für bis zu 3 Nutzer:

netto € 32,92/Monat

ISBN 978-3-503-19161-1

Weitere Lizenzangebote gerne auf Anfrage

unter (030) 25 00 85-295/-296

oder KeyAccountDigital@ESVmedien.de

Gleich 4 Wochen gratis testen:

 www.ESV.info/ESV-Digital-StiftungsWissen

Bestellungen bitte an den Buchhandel oder:

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG · Genthiner Str. 30 G · 10785 Berlin

Tel. (030) 25 00 85-225 · Fax (030) 25 00 85-275

ESV@ESVmedien.de · www.ESV.info

Demografischer Wandel: Wie wir alle (miteinander) leben werden

Zum Zusammenhang von Bevölkerungsvielfalt,
sozialer Ungleichheit und Gesundheit

von Dr. Andreas Edel, Dr. Fanny Kluge, Prof. Dr. Michaela Kreyenfeld,
Prof. Dr. Stefan Liebig und Prof. Dr. Heike Solga (Berlin)

1. Einleitung: Demografie – eine Disziplin mit Perspektive

Nur wenige wissen, dass die Demografie vermutlich eine der ältesten empirischen Sozialwissenschaften ist und ihre Geburtsstunde mitten in einer schweren Epidemie schlug. Nach heutiger Datierung am 4.2.1662 brachte der Kurzwarenhändler John Graunt in seinem Geschäftshaus in der Birchin Lane in London die erste demografische und epidemiologische Studie in der Wissenschaftsgeschichte zum Abschluss. In seinen „Natural and Political Observations [...] made upon the Bills of Mortality“ wertete er die wöchentlich veröffentlichten Berichte über die Sterblichkeit in den einzelnen Pfarrbezirken der Stadt aus und interpretierte die Muster der Bevölkerungsentwicklung, die er darin erkannte. Dabei interessierte ihn vornehmlich die Verteilung der Sterblichkeit nach Todesursachen, insbesondere der Pest. Zu seinen Lebzeiten wurde London von den letzten großen Wellen dieser Seuche heimgesucht, und schon damals reagierte man unter anderem mit Quarantäne und Kontaktvermeidung, sobald sich in den wöchentlichen Meldungen ein sprunghafter Anstieg der Infektionen bemerkbar machte. Graunts bahnbrechende Leistung war für die Entwicklung der empirischen Sozialwissenschaften ein Meilenstein – ein so wichtiger, dass es gegenwärtig sogar Überlegungen gibt, den 4. Februar künftighin zum „Europäischen Tag der Demografie“ zu erklären.

Die Bevölkerungswissenschaft hat aber nicht nur eine jahrhundertelange Tradition. Sie beschäftigt sich auch mit Fragen, die von großer Relevanz für die Zukunft unserer Gesellschaft sind. Wir wissen eigentlich schon seit langem, dass der demografische Wandel einer der „Megatrends“ unserer Zeit ist. Die Auswirkungen dieser sich über mehrere Jahrzehnte vollziehenden, allmählichen Veränderung der Bevölkerungszahl und -zusammensetzung werden jedoch erst in den nächsten Jahrzehnten vollends zum Tragen kommen. Ein Tsunami, der unerwartet wie eine Naturkatastrophe über uns hereinbräche, ist diese Entwicklung zwar nicht, worauf Bevölkerungswissenschaftler, wie u. a. Axel Börsch-Supan, schon vor über zehn Jahren hinwiesen. Dennoch sind viele Probleme, die sich etwa für unser Gesundheits-, Renten- und Pflegesystem aus der Bevölkerungsschrumpfung und -alterung ergeben, nach wie vor nicht gelöst.

In der Tat stand das Thema des demografischen Wandels schon 2013 in dem von der Bundesregierung ausgerufenen

Wissenschaftsjahr „Die demografische Chance“ im Vordergrund – und dieser Titel war Programm. Es ging um eine neue Perspektive auf das Thema, die mehr die Potenziale einer „Gesellschaft des längeren Lebens“ und weniger die Risiken der „alternden Gesellschaft“ in den Vordergrund stellt. Das Motto des Wissenschaftsjahrs „Wir werden älter, wir werden weniger, wir werden vielfältiger“ gilt dabei noch immer, heute vielleicht sogar mehr denn je.

Was hat sich in den Jahren seitdem verändert? Welche Bevölkerungsveränderungen werden in den nächsten Jahrzehnten auf uns zukommen? Und wo besteht Handlungsbedarf für die Wissenschaft, die Politik und die Zivilgesellschaft? Im Rahmen dieses Beitrags soll auf einige Aspekte zur Beantwortung dieser Fragen hingewiesen werden.

2. Die nächsten Jahrzehnte

2.1 Die Babyboomer verlassen den Arbeitsmarkt

In den nächsten zwei Jahrzehnten werden die letzten geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer das Renteneintrittsalter erreichen. Nach den aktuellsten Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamts werden wir bereits 2035, also in nur etwas mehr als zehn Jahren, den Zustand erreicht haben, dass auf hundert Menschen im erwerbsfähigen Alter bereits mehr als vierzig Personen im Rentenalter kommen. Viele Unternehmen, Träger von Sozialeinrichtungen und staatliche Einrichtungen bekommen bereits heute den durch das altersbedingte Ausscheiden von hochqualifizierten Mitarbeitern bedingten „Fachkräftemangel“ deutlich zu spüren, und in den nächsten Dekaden werden aufgrund der Entwicklung des Altersquotienten immer weniger Menschen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Diesem Rückgang können wir durch eine bessere Nutzung vorhandener Beschäftigungspotenziale begegnen, wir müssen es sogar, da der Rückgang der Geburtenzahlen seit Mitte der Sechziger Jahre auf mittlere Sicht nicht zu kompensieren ist. Um nur einige Handlungsoptionen zu nennen:

- die Verlängerung der Lebensarbeitszeit (generell, für einzelne Geburtskohorten oder für einzelne Berufszweige);
- die Flexibilisierung des Übergangs vom Arbeitsleben in den Ruhestand und die Förderung eines anschlie-

Rote Seiten

ßenden freiwilligen beruflichen Engagements (als Zuverdienst zur Rente, mit überlappenden Phasen einer Teilzeitbeschäftigung, teilweiser oder vollständiger Selbstständigkeit bzw. auf der Basis von Honorar- und Werkverträgen oder anderen vertraglichen Arrangements);

- eine stärkere Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, um insbesondere Frauen mit Kindern den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu erleichtern und ihnen Karriereperspektiven auch nach der Elternzeit zu eröffnen;
- Beschäftigungsfördermaßnahmen, die insbesondere Menschen mit geringem Bildungsstatus oder fehlenden Schul- und Ausbildungsabschlüssen nachqualifizieren bzw. besser in den Arbeitsmarkt integrieren.

Des Weiteren benötigen wir eine proaktive Zuwanderungspolitik, die auf die Mobilität innerhalb der EU sowie auf Zuzug aus Drittstaaten setzt. Die Abwerbung und der damit verbundene „Brain Drain“ von qualifizierten Fachkräften aus Drittstaaten werfen allerdings grundlegende ethische Fragen zur Gestaltung von Migrationspolitik auf. Diese Fragen verschärfen sich umso mehr, als gleichzeitig die europäischen Außengrenzen gefestigt werden, um den Zuzug von Drittstaatenangehörigen zu begrenzen. Während der COVID-19-Krise hat sich außerdem gezeigt, dass ein System, das auf die grenzüberschreitende Berufsmobilität von Pendlern innerhalb der EU setzt, in Ausnahmesituationen buchstäblich an seine Grenzen kommen kann – das Fehlen von Pflegekräften aus Osteuropa hat sich hier besonders bemerkbar gemacht.

Allerdings raten einzelne Bevölkerungswissenschaftler, wie etwa der Wiener Demograf Wolfgang Lutz, beim Blick auf die Schrumpfung der Erwerbsbevölkerung in einer alternden Gesellschaft zu mehr Gelassenheit. So könnten etwa die Steigerung der Pro-Kopf-Produktivität im Zuge der Bildungsexpansion, die zunehmende Automatisierung der Produktion und die Digitalisierung des Arbeitslebens den Rückgang der Erwerbsbevölkerung teilweise kompensieren und dessen wirtschaftliche Auswirkungen weniger gravierend werden lassen als erwartet. Der Bildungserfolg und das „Lebenslange Lernen“ werden deshalb in Zukunft von noch größerer Bedeutung sein als ohnehin, denn sie sind der Schlüssel, der den Menschen den Zugang zur Arbeitswelt von Morgen öffnet.

Der Blick auf 2035 bedeutet allerdings, dass die zukünftigen Erwachsenen bereits heute ihre Bildungsprozesse beginnen. D. h., vom Kindergarten über die Schule bis zur Aus- und Hochschulbildung werden Erfolge, aber auch Versäumnisse heutiger Bildungspolitik unsere Zukunft prägen. Dabei gilt es nicht nur, die Persistenz des Zusammenhangs von sozialer Herkunft und Bildungserfolg stärker als bisher aufzubrechen – da liegt sehr vieles ungenutzt im „Verborgenen“, wie Auswertungen mit dem Nationalen Bildungspanel (NEPS) für Deutschland zeigen. So zeigt eine Studie, dass Jugendliche, die die Schule mit maximal einem Hauptschulabschluss verlassen – und sie kommen mehrheitlich aus sozial schwächeren Familien – sehr häufig Mathematik- und Lesekompetenzen aufweisen, die mit denen von Jugendli-

chen mit mittlerem Schulabschluss (MSA) vergleichbar sind. Gleichwohl spielen bei ihnen diese Kompetenzen keine Rolle für den Übergang in eine Ausbildung. Auch für sie bleibt die Tür zu einem Ausbildungsbetrieb aufgrund des fehlenden oder niedrigen Schulabschlusses (zu) häufig verschlossen.

Es ist daher wichtig, bei Einstellungen weniger auf formale Bildungsabschlüsse zu achten und jungen Menschen eine zweite Chance zu eröffnen. Gleichfalls gilt es, Geschlechterungleichheiten insbesondere in der Wahl von Studienfächern und Ausbildungsberufen in „beide Richtungen“ abzubauen (d. h., nicht nur mehr Frauen in mathematische und naturwissenschaftliche Berufe, sondern auch mehr Männer in soziale und pflegerische Berufe zu bringen). Für das zukünftige Geschehen auf dem Arbeitsmarkt ist es also bereits heute wichtig, die Fähigkeiten und Interessen von allen Heranwachsenden bestmöglich zu entwickeln.

Doch Bildung und Veränderungen der Arbeitswelt enden nicht mit dem Berufseinstieg. Daher ist es wichtig, dass wir möglichst genau wissen, wie wir alle Gruppen in unserer Bevölkerung lebenslang für Bildungsangebote erreichen und wie wir „Bildungsverlierer“ so gut wie möglich verhindern. Damit würden wir zugleich für ältere Menschen die Aussicht auf ein „produktives Alter“ erhöhen.

2.2 Ist die hohe Lebenserwartung ein Danaergeschenk?

Ein weiterer Aspekt des demografischen Wandels könnte durchaus ambivalente Folgen zeigen, nämlich der Anstieg der Lebenserwartung, der seit Mitte des 19. Jahrhunderts in fast linearer Weise erfolgte.

Auf der einen Seite steht die Entwicklung, dass immer mehr Menschen ein immer höheres Alter erreichen und dies zumeist auch bei besserer Gesundheit vergleichen mit der Vorgängergeneration. Dies ist zweifelsohne eine wesentliche Errungenschaft des Wohlfahrtsstaats. Die COVID-19-Pandemie könnte, ähnlich wie schon die beiden Weltkriege und die Spanische Grippe im 20. Jahrhundert, nur einen temporären Einbruch des Anstiegs der Lebenserwartung verursachen (wobei die möglicherweise langfristigen Auswirkungen der bei vielen Menschen diesbezüglich zu beobachtenden Beeinträchtigungen ihrer körperlichen und psychischen Gesundheit auf die Lebenserwartung ein wichtiges Thema der Forschung sind). Zumal zu erwarten ist, dass auch in Zukunft weiterhin neue medizinische Verfahren und Technologien entwickelt werden, die zu einem weiteren Anstieg der Lebenserwartung beitragen könnten, insbesondere bei der Krebstherapie oder bei der Behandlung kardiovaskulärer Erkrankungen.

Auf der anderen Seite müssen wir angesichts des steigenden Durchschnittsalters der Bevölkerung mit einer höheren Belastung für unser Gesundheitssystem durch alterstypische Erkrankungen rechnen, etwa mit einem höheren Risiko von Multimorbidität, Einschränkungen des Bewegungsapparats, kognitiven Beeinträchtigungen oder psychischen Erkrankungen. Diese Kehrseite des Anstiegs

der Lebenserwartung ist jedoch nicht nur dem Umstand geschuldet, dass schlicht mehr Menschen ein Alter erreichen, in dem alterstypische Erkrankungen wahrscheinlicher werden. Viel wichtiger als die Frage nach den Grenzen der Lebenserwartung ist in diesem Zusammenhang die Frage, wie sich die beobachtete ungleiche Verteilung solcher Zugewinne an Lebenserwartung innerhalb der Bevölkerung erklären lässt, welche Rolle neben den genetischen Faktoren das Geschlecht, der Lebensstil, die Erwerbssituation, das Einkommen oder das Bildungsniveau haben. Denn ein langes und gesundes Leben ist immer noch ein Privileg, an dem nicht alle Menschen in gleicher Weise Anteil haben.

2.3 Neue Formen von Familie

Ein besonderes Augenmerk legt die Bevölkerungswissenschaft seit jeher auf die Familienstrukturen, in die Menschen in wechselnden Konstellationen über den Lebensverlauf eingebunden sind.

Diese Fragestellungen sind gesellschaftspolitisch von hoher Relevanz, denn die Familie übernimmt auch in westlichen Wohlfahrtsstaaten viele systemrelevante Aufgaben. So findet in der Familie immer noch ein Großteil der Sorge für die nächste Generation beziehungsweise der Pflege unterstützungsbedürftiger Angehöriger statt, hier werden zu einem großen Teil immer noch die Voraussetzungen für einen erfolgreichen Lebensverlauf geschaffen, Bildungsprozesse beeinflusst, Lebensstile geprägt und individuelle sowie kollektive Krisensituationen gemeinsam bewältigt. Gerade dort, wo Familien dazu nicht in der Lage sind, machen sich die sozialpolitischen Folgen besonders bemerkbar, und es überrascht nicht, dass die sozioökonomischen Folgen der COVID-19-Pandemie diejenigen besonders hart getroffen haben, die schon vorher nicht auf der Gewinnerseite des Lebens standen.

Dabei hat sich unser Verständnis davon, was Familie eigentlich ist, ebenso gewandelt wie familiäres Zusammenleben. Seit der Nachkriegszeit, als das „traditionelle Familienmodell“ – definiert als verheiratetes Paar mit biologischen Kindern und einem männlichen Hauptverdiener – eine enorme Strahlkraft hatte, haben sich die Lebens- und Erwerbsformen durchgreifend verändert. Hohe Trennungs- und Scheidungsziffern bedingen, dass alleinerziehende Elternschaft, aber auch Stieffamilien an Bedeutung gewinnen. Zur Diversität von Familien trägt zudem der Rückgang der Heiratsintensität und damit der Anstieg nichtehelichen Zusammenlebens bei. Gleichzeitig haben sich die rechtlichen Rahmenbedingungen für gleichgeschlechtliche Paare verbessert, ihre Kinderwünsche umzusetzen. Die Veränderungen des Erwerbsverhaltens von Frauen haben zudem dazu geführt, dass Familie auf einer anderen ökonomischen Basis fußt als dies noch vor Jahrzehnten der Fall war. Große Veränderungen sehen wir jedoch nicht nur in den Lebens-, Erwerbs- und Familienformen im mittleren Erwachsenenalter. Vielmehr zeigt sich eine Zunahme der Diversität von Familienformen auch im späteren Lebensalter. Die Folgen einer Trennung oder Scheidung im späten Lebensalter („gray

divorce“) machen sich dabei je nach Alter, Geschlecht, Einkommen und Vermögensbildung unterschiedlich stark bemerkbar – bis hin zu entsprechenden Auswirkungen auf die Gesundheit.

Es sind aber nicht nur „broken families“, die dazu führen, dass in vielen Gesellschaften Europas Einsamkeit und soziale Isolation stark zugenommen haben, und dieses Phänomen ist keineswegs trivial. Die britische Regierung hat deshalb 2017 sogar erstmals einen Minister berufen, zu dessen Portfolio „Loneliness“ gehört, und auch die EU-Kommission widmet diesem Thema verstärkte Aufmerksamkeit. Dabei sind die individuellen Ursachen dieser Retardierung des sozialen Lebens noch nicht hinreichend verstanden. Ein Faktor ist die Tatsache, dass sich heute aufgrund der gestiegenen Lebenserwartung die Lebensverläufe mehrerer Generationen zwar zeitlich stärker überlagern als je zuvor, dass die Menschen aber aufgrund der hohen Berufsmobilität und der größeren wirtschaftlichen Unabhängigkeit der nächsten Generation häufig nicht mehr so wohnortnah zusammenleben, wie dies früher noch der Fall war. Vier Generationen unter einem Dach sind heute zwar möglich, „Mehr-Generationen-Haushalte“ deshalb aber noch keineswegs der Regelfall unseres Zusammenlebens.

Die im Zuge der COVID-19-Pandemie verhängten Kontakt- und Reisebeschränkungen haben hier zum einen die direkte Interaktion innerhalb der Familien vielfach unterbrochen, und diese Interaktion konnte nur zu einem Teil durch den Einsatz digitaler Kommunikation kompensiert werden. Am stärksten betraf dies Menschen, die auf Unterstützung und Pflege angewiesen sind und deshalb in besonderem Maße solcher Familienkontakte bedürfen. Zum anderen haben die letzten beiden Jahre aber auch gezeigt, wie wichtig die Hilfe der Eltern und Großeltern gerade für junge Familien mit Kindern in einer Ausnahmesituation sein können. Wir sollten die Bedeutung solcher subsidiären Strukturen sozialer Fürsorge in unserer Gesellschaft nicht unterschätzen. Wo sie nicht vorhanden oder dysfunktional sind, wird ein stärkeres Maß an Institutionalisierung von Hilfs- und Pflegeleistungen erforderlich sein. In jedem Fall müssen wir mehr in Datenanalysen investieren, um mit den diesbezüglichen Veränderungen von Familienbeziehungen Schritt zu halten.

2.4 Entwicklung der Geburtenraten – nur ein „Trägheitsphänomen“?

Im Kontext der wissenschaftlichen Beschäftigung mit der Situation von Familien ergibt sich eine Verbindung zu einem „klassischen“ Thema der Demografie: der Frage, welchen Gesetzmäßigkeiten die Entwicklung der Geburtenraten folgt, die in Deutschland bereits seit Jahrzehnten deutlich unter dem sog. „Bestandserhaltungsniveau“ von 2,1 Kindern pro Frau liegen. Seit einigen Jahren beobachten wir in südeuropäischen Ländern wie Italien und Spanien oder selbst in den Nordischen Staaten, auf die wir in den letzten Jahrzehnten oftmals neidisch blickten, weil sie eine deutlich höhere Geburtenrate als Deutschland aufzuweisen hatten, einen be-

Rote Seiten

merkwürdigen Rückgang der Fertilität, über dessen Ursachen die Forschung bislang noch kein abschließendes Urteil gefunden hat.

Der anhaltende Trend zu niedrigen Geburtenzahlen könnte sich im Zuge der COVID-19-Pandemie und der Diskussion über den Klimawandel sogar noch verstärken, denn negative Zukunftserwartungen wirken sich fast immer auch auf die Fertilitätsabsichten jüngerer Menschen aus. Unabhängig davon bleiben die grundlegenden Fragen der Familienpolitik aktuell: Wie können wir erreichen, dass ein Paar die Kinderzahl realisieren kann, die es für wünschenswert hält, und dies auch früher im Lebensverlauf, selbst wenn die Partner zu diesem Zeitpunkt noch mit einer größeren Unsicherheit hinsichtlich ihrer beruflichen Perspektiven und ihrer ökonomischen Situation zurechtkommen müssen? Benötigen wir neue Instrumente der Familienförderung oder müssen wir uns ein Stück weit damit abfinden, dass heute immer mehr Paare weniger Kinder haben oder sogar kinderlos bleiben wollen? In manchen Kohorten betrifft die Kinderlosigkeit fast ein Viertel aller Frauen, es handelt sich also nicht um eine vernachlässigbare Größe der demografischen Entwicklung.

2.5 Migration gewinnt wieder an Bedeutung

Schließlich haben sich seit 2013 weitere Veränderungen hinsichtlich des dritten großen Bereichs des demografischen Wandels, nämlich der Zuwanderung, ergeben. Es ist zumindest zu erwarten, dass abrupt verlaufende Migrationswellen wie jene im Jahr 2015/2016 nach dem Ende der durch die COVID-19-Pandemie bedingten Mobilitätseinschränkungen wieder wahrscheinlicher werden. Denn die dahinter liegenden sozioökonomischen Probleme in den Herkunftsländern haben sich seitdem nicht wesentlich verändert oder in den letzten Jahren sogar noch deutlich verschlechtert. Die Welt ist seitdem nicht unbedingt ein friedlicherer Ort geworden und gerade ärmere Regionen sind zudem vom Klimawandel besonders schwer betroffen. Weitere Flüchtlingsbewegungen sind also nicht nur wahrscheinlich, sondern absehbar. Eine einheitliche europäische Zuwanderungspolitik, die heute notwendiger denn je ist, liegt allerdings immer noch in weiter Ferne.

In der bevölkerungswissenschaftlichen Forschung wird deshalb an besseren Prognosetools gearbeitet, die eine verlässlichere Simulation künftiger Migrationsströme erlauben sollen. Die sog. Migrationskrise vor etwas mehr als fünf Jahren kam keineswegs überraschend über uns, sondern kündigte sich schon Jahre zuvor an. Die Vorhersage entsprechender Entwicklungen in der Zukunft ist jedoch komplex und bedarf weiterer methodischer und inhaltlicher Anstrengungen.

2.6 Soziale Ungleichheit – immer noch ein „Dauerbrenner“

Wie es sich schon bei der ungleichen Verteilung der Zugewinne an Lebenserwartung andeutete: Die wachsende Bevölkerungsdiversität kann mit einer ungleichen Ver-

teilung von sozioökonomischen Vor- und Nachteilen einhergehen, bei denen die einen im Lebensverlauf eher Chancen, die anderen eher Risiken akkumulieren. Die Art und Weise, wie wir inter- und intragenerationelle Solidarität üben, kann hier entscheidend dafür sein, ob der soziale Zusammenhalt funktioniert. Dabei geht es nicht primär um „Umverteilung“, sondern um die Frage, wie ein System so zu gestalten ist, dass es von allen Beteiligten als fair und sozial gerecht wahrgenommen wird.

Die sozialwissenschaftliche Perspektive rückt dabei insbesondere die Frage in den Vordergrund, wie Bevölkerungsdiversität andere Faktoren, die für den sozialen Erfolg eines Menschen maßgeblich sind, beeinflusst, etwa

- den Bildungserwerb,
- den Zugang zum Arbeitsmarkt,
- Berufsbiographien und Einkommenschancen,
- die Vermögensbildung und
- schließlich auch die Gesundheitsentwicklung bis ins hohe und höchste Alter

und wie diese Faktoren miteinander zusammenhängen. Denn Fehlentwicklungen können leicht in einen Teufelskreislauf führen, wenn sozioökonomische Nachteile gesundheitliche Probleme (wie etwa psychische oder psychosomatische Erkrankungen) nach sich ziehen, die wiederum die Chancen auf ein aktives und produktives Leben beeinträchtigen, und dies nicht nur im Alter.

2.7 Das neue „Buzzword“ Resilienz

Die COVID-19-Pandemie hat ein weiteres Thema stärker in den Vordergrund gerückt, nämlich wie wir die Resilienz unserer Bevölkerung auch mit Blick auf künftige Krisen erhöhen können. Die Mutationen des SARS-CoV2-Virus lassen es nur als eine Frage der Zeit erscheinen, bis unsere Gesellschaft von weiteren Epidemien erschüttert werden könnte. Eine erneute Wirtschaftskrise und die Verschärfung politischer Konflikte können mit Blick auf die gegenwärtigen Ereignisse an den Grenzen der Europäischen Union ebenfalls nicht ausgeschlossen werden.

Die aktuellen Erfahrungen aus den Zeiten der Pandemie können hier weitere Indizien für ein auch in sozialpolitischer Hinsicht erfolgreiches Krisenmanagement liefern. Vulnerable Gruppen, die schon vor der Krise einem erheblichen Risiko ausgesetzt waren, gerade in Ausnahmesituationen von massiven Einschnitten ihrer sozioökonomischen Lebensgrundlage betroffen zu sein, sind auch schlechter durch die Krise gekommen als andere, deren Ausgangsbasis stabiler war. Beispielsweise waren Personen, die in beengten Wohnverhältnissen leben, wozu insbesondere viele Menschen mit Migrationshintergrund oder mit geringem sozioökonomischem Status gehören, einem erheblich höheren Infektionsrisiko ausgesetzt. Umgekehrt waren, wie bereits erwähnt, Menschen, die aufgrund ihres Alters oder ihres Gesundheitszustands von gesellschaftlichen Kontakten besonders abhängig waren, von Lockdown- und Quarantäne-Maßnahmen ungleich stärker betroffen als diejenigen, die sich noch weitestgehend selbständig in der Gesellschaft bewegen konnten. Zudem arbeiten gerade Menschen mit

niedrigem sozioökonomischem Status häufig in Berufen, die sich nicht für Homeoffice eignen, was sie weiterhin exponiert.

Hinzu kommt, dass das akute Krisenmanagement häufig dazu führt, langfristige soziodemografische Folgen einer solchen Situation auszublenden und ad-hoc zu reagieren. Gerade zu Beginn der Pandemie standen verständlicherweise unmittelbar epidemiologische Fragen im Vordergrund, bei einem exponentiellen Wachstum der Infektionszahlen blieb den Entscheidungsträgern kaum eine andere Wahl. Die längerfristigen Auswirkungen im Bildungsbereich (etwa von Schulschließungen, fehlender oder nur eingeschränkter Präsenzlehre an den Hochschulen, Betriebsschließungen für Auszubildende) für die Zukunftschancen der nächsten Generation, die langfristig anhaltenden Belastungen im Gesundheitsbereich oder von Einschränkungen im Bereich des Einzelhandels, der Gastronomie oder des Tourismus- und Hotelgewerbes, die viele Existenzen ruiniert haben, lassen sich derzeit nur schwer abschätzen.

Als besonders gravierend haben sich dabei Defizite der Dateninfrastruktur in Deutschland bemerkbar gemacht (z.B. fehlende prozessproduzierte Daten im Bildungsbereich), die es Forschenden nur sehr eingeschränkt erlauben, durch Datenanalysen die Risiken für einzelne Bevölkerungsgruppen genauer zu bestimmen, bevor entsprechende Maßnahmen ergriffen wurden. Wer die Resilienz der Bevölkerung stärken und einen „Notfallkoffer“ für den nächsten Krisenfall bereitstellen möchte, sollte deshalb die Forschung in die Lage versetzen, auf die sich dadurch stellenden sozialpolitischen Fragen auch kurzfristig valide Antworten geben zu können.

3. Herausforderungen an die Politik

Auch ohne Krise stellt der demografische Wandel Herausforderungen an die Politik – im Grunde in den meisten gesellschaftlich relevanten Politikfeldern. Einige Beispiele seien hier angeführt:

(1) Die langfristige Sicherung des Rentensystems angesichts der zu erwartenden Zunahme der Anzahl der Rentenempfänger bei gleichzeitig abnehmender Anzahl der Beitragszahler wird vermutlich am häufigsten im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel genannt. Die Diskussion dreht sich dabei vor allem darum, wie viele Menschen von ihrer Alterssicherung auskömmlich leben können bzw. wie viele sich auf erhebliche finanzielle Einschränkungen und möglicherweise sogar ein hohes Armutsrisiko im Alter einstellen müssen.

Dabei bringt die besonders zahlenstarke Gruppe der letzten Geburtskohorten der Babyboomer, die mit einem höheren Bildungsstand als sämtliche Vorgängergenerationen durch das Leben gegangen sind, ein besonderes Potenzial für ein gesundes und produktives Altern mit. Andererseits nimmt das Risiko von Altersarmut in vielen Bevölkerungsgruppen zu, insbesondere bei Menschen, die bereits in jungen Jahren sowie in ihrem weiteren Lebensverlauf Brüche in ihren Bildungs- und Erwerbsbiographien aufweisen. Dies betrifft besonders geschiedene

oder ledige Frauen, die entweder keine oder nur geringfügige Beschäftigungszeiten in sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnissen aufzuweisen haben, da sie sich um Kinder oder pflegebedürftige Angehörige gekümmert haben. Eine längerfristige Tätigkeit in Teilzeit oder in prekären Beschäftigungsverhältnissen tut hier ein Übriges, um das Armutsrisiko zu erhöhen.

Die Erfahrungen während der Zeit der COVID-19-Pandemie haben gezeigt, dass sich diesbezügliche Verhaltensmuster in der Bevölkerung eher noch verstärkt haben. Beispielsweise haben Kinder, die schon vor der Krise wenig Förderung aus dem familiären Umfeld bei ihren schulischen Aufgaben erfuhren, unter dem Distanzunterricht stärker gelitten als andere, bei denen dies nicht der Fall war.

(2) Ein anderes Politikfeld, in dem ein offensichtlicher Zusammenhang mit soziodemografischen Faktoren besteht, ist der Klimaschutz. Maßnahmen, die durch finanzielle Anreize ein umweltschonendes Verhalten befördern bzw. durch Verteuerung klimaschädlichen Konsum reduzieren sollen, sollten dabei die Bevölkerungsstruktur im Blick behalten. Ob eine Familie es sich beispielsweise leisten kann, auf die derzeit für untere und mittlere Einkommensgruppen eher unerschwingliche E-Mobilität umzusteigen, wird wesentlich davon abhängen, wie viele finanzielle Ressourcen sie dafür zur Verfügung hat. Die Alternative, umweltfreundliche öffentliche Nahverkehrsmittel oder das Fahrrad zu benutzen, steht wesentlich in Zusammenhang mit der Lage des Wohnorts, aber auch den Erfordernissen der individuellen Zeitnutzung, beispielsweise

- ob Kinder zu Kita, Schule und Freizeitaktivitäten gebracht werden müssen,
- ob ein älterer Mensch die Gesundheitsdienste erreichen kann,
- ob pflegebedürftige Angehörige im eigenen Haushalt oder möglicherweise entfernt leben oder
- ob beide Partner einer beruflichen Tätigkeit nachgehen und wo diese stattfindet.

Wenn wir die Veränderung der soziodemografischen Merkmale der Bevölkerung im Allgemeinen, in einer bestimmten Region oder einer Bevölkerungsgruppe nicht verstehen, wird eine auf das individuelle Umweltverhalten gerichtete Klimaschutzpolitik faktisch zum Blindflug.

(3) Diese Feststellung gilt auch für die regionale Bevölkerungsentwicklung. Was bedeutet der demografische Wandel für die Zukunftsfähigkeit von Regionen, die bereits seit längerem über Bevölkerungsschwund und zunehmende Bevölkerungsalterung klagen, was für Regionen, deren Bevölkerungszusammensetzung sich umgekehrt durch die Zuwanderung aus der Stadt gerade massiv zu ändern beginnt, und was für die städtischen Ballungsräume? Hier könnte die Neigung zur „Stadtflucht“, die sich bereits seit Jahren abzuzeichnen beginnt und während COVID-19 noch verstärkt haben dürfte, möglicherweise zu einer Entlastung führen, insbesondere auf dem Immobilienmarkt, während sie gleichzeitig in den Zuzugsgebieten die Lebenshaltungskosten und

Rote Seiten

die Nachfrage nach Infrastruktureinrichtungen erhöht. Wir sollten auch hier die Erfahrungen während der COVID-19-Pandemie einblenden. Wird beispielsweise das Homeoffice, das mehr Menschen das Leben an einem dezentralen (und möglicherweise kostengünstigeren) Wohnort und eine Zeitersparnis bei der Fahrt von und zum Arbeitsplatz ermöglichte, sich als „neue Normalität“ des Arbeitslebens auch nach dem Ende der Pandemie erhalten, und um welchen Preis (wie oben beispielsweise genannt: der Gefahr der Isolation oder der Entgrenzung von Arbeit und Privatleben)?

Die Frage nach der regionalen Diversität der Bevölkerung berührt indirekt auch die vom Grundgesetz geforderte und von der Bundesregierung ebenso wie von der EU-Kommission („to leave no one behind“) geförderte „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ in Stadt und Land. Wie werden die Menschen in Zukunft in den urbanen Zentren, im „Speckgürtel“ oder im ländlichen Raum leben, welche Mobilitätsanforderungen haben sie und wie lassen sich attraktive Lebensbedingungen für Menschen und ihre Familien schaffen, die sie von einem Wegzug abhalten und langfristig in die kommunale Gemeinschaft integrieren? Der Familiensoziologe Norbert Schneider hat hier darauf hingewiesen, dass zugezogene Menschen ihren neuen Wohnort heute häufig nur noch als temporäre und nicht mehr als permanente Bleibe wahrnehmen. Dies kann im Einzelfall dazu führen, dass diese von der einheimischen Bevölkerung als „Ortsfremde“ wahrgenommen werden, zumal wenn sie als Berufspendler einen Großteil der Zeit nicht vor Ort zubringen.

(4) Schließlich berührt der demografische Wandel sich hier auch mit einer weiteren Zukunftsherausforderung: den Folgen der Bevölkerungsveränderungen für unser demokratisches Gemeinwesen. Die EU-Kommission hat der Bedeutung dieses Themas besonders Rechnung getragen, indem sie 2019 erstmals eine Vizepräsidentin mit der Denomination „für Demokratie und Demografie“ berief. Europaweit scheint sich die wachsende Bevölkerungsdiversität in einer Aushöhlung der Wählerklientel der klassischen „Volksparteien“ niederzuschlagen, und selbst in Ländern, die über Jahrzehnte hinweg von Politikern einer Partei regiert wurden, lösen sich stabile politische

Milieus immer mehr auf. Gleichzeitig profitieren populistische Bewegungen von der Verunsicherung der Menschen über einen notwendigen Strukturwandel und verbinden ihr Lamento nicht selten mit der Kritik an eben jener wachsenden Bevölkerungsdiversität.

Hinzu kommt, dass die Teilhabe von Menschen mit unterschiedlichen soziodemografischen Merkmalen durchaus nicht den Charakter gefühlter Ebenbürtigkeit hat. Insbesondere die Nutzung des aktiven und des passiven Wahlrechts kann nach Alter, Bildung oder Einkommen so unterschiedlich ausfallen, dass die Legitimität von Mehrheitsentscheidungen über langfristig bindende oder wirkungsvolle politische Vorhaben durchaus fraglich werden kann. Die Abstimmung über den Brexit in Großbritannien 2016 war hier nur der Vorbote eines Prozesses, der sich angesichts ihrer Altersstruktur so auch in anderen Ländern abspielen könnte.

4. Planungswissen für die Zukunft

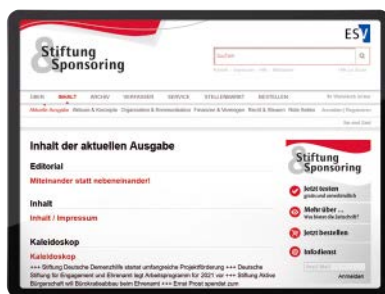
4.1 Ein Einstein Center for Population Diversity

Um das Thema der Bevölkerungsdiversität und ihres Zusammenhangs mit aktuellen gesellschaftlichen Trends geht es in einem Vorhaben, an dem sich

- die Charité – Universitätsmedizin Berlin,
 - das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung,
 - die Freie Universität Berlin,
 - die Hertie School,
 - die Humboldt-Universität zu Berlin,
 - die University of Oxford,
 - das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und
 - das von der Max-Planck-Gesellschaft getragene Forschungsnetzwerk Population Europe mit Sitz in Berlin (dem wiederum 36 Institute aus ganz Europa angehören)
- beteiligen.

Im Herbst 2022 werden die Partner dieses Konsortiums einen gemeinsamen Antrag bei der Einstein Stiftung als Exzellenzprogramm des Landes Berlin einreichen, der auf die Einrichtung eines „Einstein Centers for Population Diversity“ abzielt. Solche Zentren sind üblicherweise

Nutzen Sie die digitale Zeitschrift Stiftung & Sponsoring



Lesen Sie auf www.SuSdigital.de das aktuelle Heft oder Einzelbeiträge, die Sie besonders interessieren. Natürlich sind auch Downloads möglich.

Besonderes Plus – das Archiv

Recherchieren Sie in den Inhaltsverzeichnissen, Kurz- und Volltexten aller Ausgaben seit 2006.

Mehr zum eJournal unter

 www.SuSdigital.de

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG

Auf Wissen vertrauen

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG · Genthiner Str. 30 G · 10785 Berlin · Tel. (030) 25 00 85-228 · Fax (030) 25 00 85-275 · ESV@ESVmedien.de · www.ESV.info

zunächst auf sechs Jahre angelegt und sollen nach erfolgreicher Evaluation dann idealerweise verstetigt werden.

Bevölkerungsdiversität wird dabei in einem umfassenden Sinne verstanden – als Vielfalt entsprechend der soziodemografischen Merkmale, die bereits beschrieben wurden. Dabei wird der Fokus vor allem auf dem Wechselwirkungszusammenhang von Bevölkerungsdiversität und sozialer Ungleichheit liegen, insbesondere der je nach soziodemografischer Gruppe spezifischen Akkumulation von Vorteilen bzw. Nachteilen über den Lebensverlauf hinweg und mit besonderem Blick auf die Entwicklung von Gesundheit, Einkommen und Vermögen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der Situation der Familien, die, wie bereits dargelegt, eine der wichtigsten Bezugsgrößen gesellschaftspolitischer Maßnahmen darstellen.

Dieses Förderprogramm der Einstein Stiftung soll es ermöglichen, „zukunftsweisende, innovative Forschungsfragestellungen und exzellente Projekte an den Grenzen von Disziplinen“ zu bearbeiten. Für ein Einstein Center ist dabei die enge Zusammenarbeit mit dem Privatsektor konstitutiv. Insofern kommt zur interdisziplinären auch die transdisziplinäre Arbeitsweise. Es geht also nicht nur darum, Entscheidungsträgern eine verlässliche und qualitativ hochwertige Informationsbasis mit der für ihre Arbeit wichtigen Evidenz auf dem neuesten Stand der wissenschaftlichen Forschung bereitzustellen. Vielmehr sollen Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft mit der Wissenschaft in gemeinsamen Projekten und bei Diskussionsveranstaltungen an Zukunftsfragen arbeiten. Innovative Dialogformate und zielgruppenspezifische Publikationen erschließen dieses Wissen auch für einen weiteren und nichtwissenschaftlichen Leserkreis.

4.2 Ein Förderfonds lädt zur Beteiligung ein

Das Konsortium des geplanten Einstein Centers arbeitet dabei eng mit dem Förderfonds Wissenschaft in Berlin zusammen. Diese gemeinnützige, nichtrechtsfähige Stiftung hat das Ziel, private Förderer für wissenschaftliche Projekte und Investitionen zu gewinnen und damit den Wissenschaftsstandort Berlin zu stärken. Das gemeinsame Förderhandeln soll dabei Projekte unterstützen, die sich durch ein hohes Erkenntnispotenzial und ein großes Maß an Forschungsexzellenz auszeichnen, dazu Partnerschaften zwischen Unternehmen und der Wissenschaft stiften sowie als zentrale Anlaufstelle für private Wissenschaftsförderung in der deutschen Bundeshauptstadt dienen. Der Förderfonds wurde von namhaften Gründungstiftern und dem Stifterverband ins Leben gerufen und wird vom Deutschen Stiftungszentrum, der Einstein Stiftung Berlin, dem Stifterverband, der Stiftung Zukunft Berlin, dem Wissenschaftskolleg zu Berlin und weiteren Stiftern getragen.

Erste Vorhaben dieser engen Kooperation mit dem Förderfonds Wissenschaft in Berlin sind bereits umgesetzt. An den monatlichen Veranstaltungen „Zur Zukunft unseres Zusammenlebens: Dialoge für ein Einstein Center for Population Diversity“ – einer Reihe von

Online-Dialogveranstaltungen mit führenden Wissenschaftlern, die von Population Europe in Zusammenarbeit mit dem Konsortium des Einstein Centers und dem Förderfonds gestaltet werden – nehmen Vertreter einer großen Breite von Stiftungen, Unternehmen sowie Entscheidungsträgern auf unterschiedlichen Ebenen der Politik teil. Gemeinsam mit dem Stifterverband vergibt Population Europe seit 2015 jedes Jahr den „European Demographer Award“, der herausragende Nachwuchswissenschaftlerinnen und -wissenschaftler auszeichnet. Dieser Preis hat ein hohes Prestige erlangt, in den letzten beiden Jahren wurde er vom Präsidenten des Deutschen Bundestags bzw. der Vizepräsidentin der Europäischen Kommission überreicht. 2022 werden vier führende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus dem Kreis des Projekts in einer Reihe von Veranstaltungen, den sog. „Quadrige-Talks“, einzelne Themenbereiche des Einstein Centers mit Vertretern von Stiftungen diskutieren.

4.3 Public-Private-Partnership als Bauprinzip

Grundsätzlich ist diese „Public-Private-Partnership“ offen für die Aufnahme weiterer förderrelevanter Themenstellungen, die sich auf Fragestellungen beziehen können, die eine hohe Relevanz für Unternehmen wie für die Zivilgesellschaft haben. Die Mitglieder des Konsortiums prägt dabei eine langjährige Zusammenarbeit mit Partnern aus dem privaten Sektor, aus der Politik oder aus Unternehmen. Beispielsweise arbeitet das Sekretariat von Population Europe in drei derzeit laufenden Projekten mit einer Stiftung, einem Unternehmensverband und einem Bundesministerium daran,

- wie angesichts der wachsenden Bevölkerungsdiversität insbesondere in strukturschwachen Regionen der soziale Zusammenhalt aufrecht erhalten werden kann,
- wie Potenziale der alternden Gesellschaft besser genutzt werden können und
- wie eine Klimaadaptation besser mit den Familienstrukturen vereinbar gemacht werden kann.

Insofern ist Raum für die weitere Entwicklung des Themas Bevölkerungsdiversität in all seinen Facetten. Der Förderfonds Wissenschaft in Berlin schafft dabei einen geeigneten Rahmen, über den eine solches Engagement gestaltet werden kann.

4.4 Wozu ein neues Zentrum in Berlin?

Wie dieser Beitrag deutlich gemacht hat, erlaubt die bevölkerungswissenschaftliche Perspektive einen evidenzbasierten Blick auf wichtige Aspekte unserer (gemeinsamen wie individuellen) Zukunft. In vielzähligen Studiengängen an deutschen Universitäten werden demografische Themen zwar angeschnitten, aber nicht vertieft und unter Berücksichtigung des mittlerweile hochentwickelten disziplinären Methodenspektrums behandelt. Neben dem in den 1990er Jahren gegründeten Max-Planck-Institut für demografische Forschung in Rostock und einem entsprechenden Schwerpunkt an der dortigen Uni-

Rote Seiten

versität bzw. dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung in Wiesbaden könnte sich in Berlin ein weiterer „Leuchtturm“ der demografiebezogenen Forschung in Deutschland herausbilden. Mit etwa 3,7 Mio. Einwohnern, einer starken Zuwanderung sowie einer hohen Diversität der Bevölkerungsstrukturen ist der Großraum Berlin soziodemografisch besonders interessant. Darüber hinaus bietet der Forschungsstandort Berlin einen besonderen Reichtum an Einrichtungen mit vorhandenen, aber teilweise (noch) ungehobenen Potenzialen einer demografiebezogenen Ungleichheits- und Gesundheitsforschung. An allen Berliner Universitäten sind sozialwissenschaftliche Institute vorhanden, die sich mit einer Forschungsinfrastruktur im Bereich Bevölkerungswissenschaft vernetzen oder von Veranstaltungen profitieren können. Hinzu kommen Einrichtungen, wie

- Berliner Institute der Leibniz-Gemeinschaft,
- das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung,
- die Aktivitäten der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften sowie
- die Einrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft.

Berlin verfügt darüber hinaus über ein stark ausgeprägtes Profil in der regionalwissenschaftlichen Forschung sowie in den „Global Studies“, die sich in fruchtbarer Weise mit demografischen Fragestellungen verbinden lassen. Seitens der Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ist ein starkes Interesse an bevölkerungswissenschaftlichen Themen vorhanden, blickt man nur auf die von der Diakonie und Population Europe gemeinsam mit deutschen, europäischen und internationalen Partnern organisierten jährlichen „Berliner Demografie-Tage“, in deren Beirat die Bundesministerien des Innern und für Heimat, für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie für Gesundheit vertreten sind.

5. Die demografische Zukunft – ein Ausblick

Viele der genannten gesellschaftlichen Weichenstellungen, die wir in naher Zukunft vornehmen müssen, wenn wir die Stabilität unserer sozialen Marktwirtschaft und des Wohlfahrtsstaats in Zeiten des Klimawandels und anderer globaler Herausforderungen sichern wollen, müssen sozial ausgewogen und fair gestaltet werden. Aus dem Gesagten ist deutlich geworden, dass der Zugang zu den dabei zu verteilenden gesellschaftlichen Gütern in erheblichem Maße von den soziodemografischen Merkmalen der Bevölkerung abhängt, also der Zusammensetzung der Bevölkerung nach

- Alter und Gesundheitsstatus,
- Geschlecht,
- Bildungserwerb und Teilhabe am Arbeitsmarkt,
- Migrationshintergrund oder ethnischer Zugehörigkeit,
- Familienstand und -zusammensetzung,
- Haushaltsgröße oder
- Einkommen.

2013 sprachen unterschiedliche Akteure des Wissenschaftsjahrs von einer „Gesellschaft des längeren Lebens“. Seitdem scheinen sich die Akzente wieder deutlich verscho-

ben zu haben. Statt nur auf das Leben im höheren Alter zu blicken, wird die Entwicklung über den Lebensverlauf hinweg stärker in den Vordergrund gerückt. Dies erfasst insofern nicht nur die jüngeren Menschen, sondern auch pfadabhängige Entwicklungspotenziale und Folgen von einzelnen demografischen Ereignissen in mittlerem und höherem Alter. Statt einzelne Bevölkerungsgruppen als homogene Entitäten zu verstehen, nehmen wir heute stärker deren Heterogenität wahr. Insofern ist dieses wohl der wichtigste Perspektivenwechsel der letzten zehn Jahre: In ganz Europa werden wir mehr und mehr zu einer „Gesellschaft wachsender Bevölkerungsvielfalt“. Die empirische Sozialforschung mit einem Blick auf diese demografischen Prozesse und Veränderungen kann uns dabei helfen zu verstehen, wie sich diese Bevölkerungsvielfalt in den nächsten Jahrzehnten weiterentwickeln und welche Folgen – Risiken, Herausforderungen und Chancen – sie haben wird.

6. Kurz & knapp

Entscheidungsträger in der Politik, in Unternehmen und in der Zivilgesellschaft müssen wissen, ob die Nachfrage nach bestimmten Produkten oder Dienstleistungen in zehn bis zwanzig Jahren möglicherweise von einer älteren Bevölkerung, weniger oder anderen als den „traditionellen“ Familien, Menschen mit unterschiedlichem Bildungshintergrund und Einkommen oder unterschiedlichen gesundheitlichen Vorbelastungen bestimmt wird. Schon seit vielen Jahren beobachten wir, dass unsere Gesellschaft immer vielfältiger wird. Beispielsweise erreichen zwar immer mehr Menschen ein höheres Alter. Aber es gibt doch erhebliche Unterschiede, wie lange sie dabei gesund bleiben, welche physischen und mentalen Probleme sie erleiden, über wie viel finanzielle Ressourcen sie verfügen, ob sie in einem gemeinsamen Haushalt mit einem Partner oder in der Nähe ihrer Kinder beziehungsweise alleine oder möglicherweise sogar vereinsamt leben.

Wir wissen, dass das Bildungsniveau einen wesentlichen Faktor für gesundes und produktives Altern darstellt. Gewissermaßen werden die Grundlagen dafür schon in den ersten beiden Lebensjahrzehnten geschaffen, und es ist auch keine neue Wahrheit, dass es immer noch große Ungleichheiten bei den Bildungschancen gibt, die sich später in einem höheren Risiko für soziale Ungleichheit fortsetzen. Es gibt „vulnerable“ Bevölkerungsgruppen, die dem stärker ausgesetzt sind als andere, und dazu zählt eine breite Spanne, beispielsweise Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen oder mit längeren Phasen von Arbeitslosigkeit, Alleinerziehende oder Menschen mit chronischen Erkrankungen. Die Erfahrungen aus der Corona-Krise haben uns gelehrt, dass diese Gruppen bei politischen Entscheidungen stärker in den Fokus genommen werden sollten.

Der demografische Wandel wird also in den nächsten Jahrzehnten ganz oben auf der Agenda der Entscheidungsträger in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft bleiben. Er bildet auch den Hintergrund für andere Poli-

tikfelder, die in den nächsten Jahren und Jahrzehnten stärkere Aufmerksamkeit erfordern werden. Und auch hier spielt die Bevölkerungsdiversität eine entscheidende Rolle.

Das von Berliner Einrichtungen in Zusammenarbeit mit dem Förderfonds Wissenschaft in Berlin geplante „Einstein Center for Population Diversity“ wird sich den damit zusammenhängenden Forschungsfragen zuwenden und dabei auf einer Public-Private-Partnership aufbauen.

Zum Thema

Adriaans, Jule / Eisnecker, Philipp / Liebig, Stefan: Gerechtigkeit im europäischen Vergleich: Verteilung nach Bedarf und Leistung in Deutschland besonders befürwortet, in: DIW Wochenbericht 86.45/2019, S. 817-825, online abrufbar unter https://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.696436.de/19-45.pdf

Börsch-Supan, Axel: Gegen Tsunami in der Altersvorsorge kann man etwas tun (Interview), in: AssCompact, Fachmagazin für Risiko- und Kapitalmanagement, 3/2011, online abrufbar unter: <https://www.asscompact.de/nachrichten/gegen-tsunami-der-altersvorsorge-kann-man-etwas-tun>

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.): Politik für Gleichwertige Lebensverhältnisse. Bericht der Bundesregierung zur Zwischenbilanz zur Umsetzung der Maßnahmen der Politik für gleichwertige Lebensverhältnisse in der 19. Legislaturperiode, 2021, online abrufbar unter: <https://www.bmi.bund.de/DE/themen/heimat-integration/gleichwertige-lebensverhaeltnisse-verteiler/gleichwertige-lebensverhaeltnisse-art/gleichwertige-lebensverhaeltnisse-node.html>

Edel, Andreas: Die Geburt der Demographie: Lehren für die Lebenden, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung v. 19.4.2020 (online: 24.4.2020)

European Commission, Joint Research Centre: Loneliness in the European Union v. 16.12.2021, online abrufbar unter: https://knowledge4policy.ec.europa.eu/projects-activities/loneliness-european-union_en

European Commission, The European Green Deal, 2019, online abrufbar unter: https://eur-lex.europa.eu/resource.html?uri=cellar:b828d165-1c22-11ea-8c1f-01aa75ed71a1.0002.02/DOC_1&format=PDF

European Commission, European Pillar of Social Rights. Building a fairer and more inclusive European Union, 2017, online abrufbar unter: https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/social-summit-european-pillar-social-rights-booklet_en.pdf

Fetchenhauer, Detlef / Goldschmidt, Nils / Hradil, Stefan / Liebig, Stefan: Warum ist Gerechtigkeit wichtig? Antworten der empirischen Gerechtigkeitsforschung, 2010, online abrufbar unter: <https://www.romanherzoginstitut.de/publikationen/detail/warum-ist-gerechtigkeit-wichtig.html>

GBD 2019 Dementia Forecasting Collaborators: Estimation of the global prevalence of dementia in 2019 and forecasted prevalence in 2050: an analysis for the Global Burden of Disease Study 2019, The Lancet Public Health, 2022, online abrufbar unter: [https://www.thelancet.com/journals/lanpub/article/PIIS2468-2667\(21\)00249-8/fulltext#articleInformation](https://www.thelancet.com/journals/lanpub/article/PIIS2468-2667(21)00249-8/fulltext#articleInformation)

Geyer, Johannes / Haan, Peter / Kröger, Hannes / Schaller Maximilian: Pflegebedürftigkeit hängt von der sozialen Stellung ab, in: DIW Wochenbericht 44/2021, S. 727-734, online abrufbar unter: https://www.diw.de/de/diw_01.c.827699.de/publikationen/wochenberichte/2021_44_1/pflegebeduerftigkeit_haengt_von_der_sozialen_stellung_ab.html

Graunt, John: Natural and political observations, mentioned in a following index and made upon the Bills of Mortality, by John Graunt, citizen of London, with reference to the government, religion, trade, growth, air, diseases, and the several changes of the said city, 1662

Green Family – Generational Fairness in Climate Change (Projekt, gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), online abrufbar unter <https://population-europe.eu/about-us/current-projects/green-family-generational-fairness-climate-change>

Holtmann, Anne Christine / Menze, Laura / Solga, Heike: Schulabgänger und -abgängerinnen mit maximal Hauptschulabschluss, in: Quenzel, Gudrun / Hurrelmann, Klaus (Hrsg.): Handbuch Bildungsarmut, 2019, S. 365-388, online abrufbar unter: https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-658-19573-1_14

Kreyenfeld, Michaela / Konietzka, Dirk (Hrsg.): Childlessness in Europe: Contexts, Causes, and Consequences, 2017, online abrufbar unter: <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-319-44667-7>

Kreyenfeld, Michaela / Trappe, Heike (Hrsg.): Parental Life Courses after Separation and Divorce in Europe, 2020, online abrufbar unter: <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-030-44575-1>

Kreyenfeld, Michaela / Zinn, Sabine: Coronavirus and care: How the coronavirus crisis affected fathers' involvement in Germany, in: Demographic Research 44/2021, S. 99-124, online abrufbar unter: <https://www.demographic-research.org/volumes/vol44/4/default.htm>

Lines, Emily (Hrsg.): Post-Pandemic Populations: Die soziodemografischen Folgen der COVID-19-Pandemie in Deutschland, 2021, online abrufbar unter: <https://population-europe.eu/research/discussion-papers/discussion-paper-no-13-post-pandemic-populations>

Lutz, Wolfgang: Wie Bevölkerungsschwund vom Fluch zum Segen werden kann (Interview), in: Wiener Zeitung v. 29.11.2021, online abrufbar unter: <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wissen/mensch/2129349-Wie-Bevoelkerungsschwund-vom-Fluch-zum-Segen-werden-kann.html>

Oeppen, Jim / Vaupel, James W.: The Linear Rise in the Number of Our Days, in: Bengtsson, Tommy / Keilman, Nico (Hrsg.): Old and New Perspectives on Mortality Forecasting, 2019, online abrufbar unter: https://link.springer.com/chapter/10.1007/978-3-030-05075-7_13

Quantifying Migration Scenarios for Better Policy (Projekt, gefördert von der Europäischen Kommission), online abrufbar unter: <https://www.quantmig.eu/>

Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten: Datenbasierte Forschung in Deutschland stärken. Empfehlungen des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) für die 20. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags, 2021, online abrufbar unter: https://www.konsortswd.de/wp-content/uploads/211001_RatSWD_Positionspapier_20LP.pdf

Regionale Bevölkerungsvielfalt und gesellschaftlicher Zusammenhalt vor Ort (Projekt, gefördert von der Stiftung Mercator), online abrufbar unter <https://population-europe.eu/about-us/current-projects/regional-population-diversity-and-social-cohesion-local-context>

Schneider, Norbert / Kreyenfeld, Michaela (Hrsg.): Research Handbook on the Sociology of the Family, 2021

Stantcheva, Stefanie: Inequalities in the Times of a Pandemic, 2022, online abrufbar unter https://scholar.harvard.edu/files/stantcheva/files/inequalities_pandemic.pdf

Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung Nr. 459 v. 30.9.2021, online abrufbar unter: https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/09/PD21_459_12411.html

Vaupel, James W. / Edel, Andreas (Hrsg.): Grünbuch Alternde Gesellschaft: Wie das „neue Altern“ unser Leben verändern wird, 2018, online abrufbar unter: <https://population-europe.eu/research/discussion-papers/discussion-paper-no-6-grunbuch-alternde-gesellschaft>

Vaupel, James W.: Im Zeitalter der Hundertjährigen müssen wir Lebensläufe neu denken (Interview), in: Neue Zürcher Zeitung v. 24.9.2021, online abrufbar unter: <https://www.nzz.ch/gesellschaft/im-zeitalter-der-hundertjaehrigen-muessen-wir-lebenslaeufe-neu-denken-ld.1646537>

Zur Zukunft unseres Zusammenlebens. Dienstagsdialoge für ein Einstein Center for Population Diversity (Projekt, gefördert vom Förderfonds Wissenschaft in Berlin und der Einstein Stiftung Berlin), online abrufbar unter: <https://www.foerderfonds-berlin.de/dienstagsdialoge>

Im Internet

Zum Projekt „Einstein Center for Population Diversity“: https://medizinsoziologie-reha-wissenschaft.charite.de/forschung/altersforschung/einstein_center_for_population_diversity_preparation_module

Zum „Förderfonds Wissenschaft in Berlin“: <https://www.foerderfonds-berlin.de>

Die Autorinnen und Autoren



Dr. Andreas Edel ist Geschäftsführer (Executive Secretary) des europäischen Forschungsnetzwerks Population Europe, dessen Sekretariat in Berlin von der Max-Planck-Gesellschaft getragen wird, und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Max-Planck-Institut für demografische Forschung.
edel@demogr.mpg.de,
<https://population-europe.eu/about-us/staff>



Dr. Fanny Kluge ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin und Koordinatorin des Projekts „Vorbereitungsmodul des Einstein Centres für Population Diversity“ am Institut für Medizinische Soziologie und Rehabilitationswissenschaft der Charité – Universitätsmedizin Berlin.
Kluge@demogr.mpg.de,
https://medizinsoziologie-reha-wissenschaft.charite.de/forschung/alternsforschungeinstein_center_for_population_diversity_preparation_module



Prof. Dr. Michaela Kreyenfeld ist Professorin für Soziologie an der Hertie School und Ordentliches Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften sowie Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats für Familienfragen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
kreyenfeld@hertie-school.org,
<https://www.hertie-school.org/de/ueber-uns/profil/person/kreyenfeld>



Prof. Dr. Stefan Liebig ist Direktor des Sozio-oekonomischen Panels und wissenschaftliches Vorstandsmitglied des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin, Professor für Soziologie an der Freien Universität Berlin und Mitglied des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten.
SLiebig@diw.de
https://www.diw.de/de/diw_01.c.574414.de/personen/liebig_stefan.html



Prof. Dr. Heike Solga ist Direktorin der Abteilung „Ausbildung und Arbeitsmarkt“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung und Professorin für Soziologie mit Schwerpunkt Arbeit, Arbeitsmarkt und Beschäftigung an der Freien Universität Berlin. Sie ist zugleich Ordentliches Mitglied der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften.
heike.solga@wzb.eu
<https://www.wzb.eu/de/personen/heike-solga>

Stiftungsrecht auf einen Blick



Dieses Buch schafft Zeitgewinn. Ein Blick genügt, um Aufschluss über die jeweils korrespondierende Norm zu erhalten: sowohl beim Abgleich von Alt nach Neu als auch von Neu nach Alt. **Pflichtlektüre und Arbeitshilfe** für alle, die sich mit dem neuen Stiftungsrecht befassen.

Das neue Stiftungsrecht Synopsen der Gesetzestexte und Begründungen

Von **Dr. Erich Theodor Barzen**

Erscheint im 1. Quartal 2022, ca. 327 Seiten,

ca. 49,95 €. ISBN 978-3-503-20675-9

eBook: 45,90 €. ISBN 978-3-503-20676-6

Online informieren und vorbestellen:

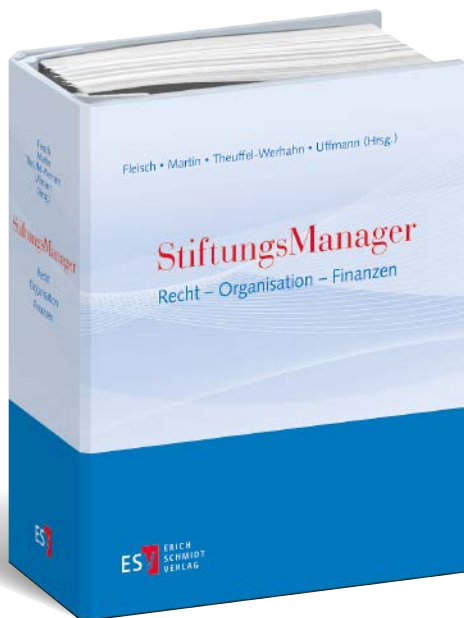
 www.ESV.info/20675

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
Genthiner Str. 30 G · 10785 Berlin
Tel. (030) 25 00 85-265 · Fax (030) 25 00 85-275
ESV@ESVmedien.de · www.ESV.info

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG

Auf Wissen vertrauen

Engagiert für die Stiftung



Stiftungsrecht, Stiftungssteuerrecht, Vermögensanlage, Führung und Organisationsentwicklung: Bei der **Gründung, Steuerung und Weiterentwicklung von Stiftungen** stellen Sie tagtäglich vielseitige rechtsform- und organisationsspezifische Weichen.

Stiftungskompetenzen stärken

Der *StiftungsManager* steht Ihnen als verlässliche **Wissensquelle für die professionelle Stiftungsarbeit** mit erstklassigem Rat zur Seite. Erfahrene Stiftungsmacher/-innen geben Einblicke in ihre Erfolgsrezepte. Rechts-, Management-, Finanz- und Steuerprofis unterstützen Sie **mit vielen Praxistipps**.

Bleiben Sie optimal aufgestellt

Einzigartig in seiner aktualisierbaren Form behält der *StiftungsManager* wichtige Entwicklungen für Sie im Auge.

»Das Werk ist ein wichtiges Arbeitsmittel, zu dem jede Stiftung Zugang haben sollte.«

In: Stiftung&Sponsoring, 2/2019

StiftungsManager Recht, Organisation, Finanzen

Herausgegeben von Prof. Dr. Hans Fleisch, Jörg Martin, Berthold Theuffel-Werhahn und Prof. Dr. Katharina Uffmann

Loseblattwerk, 2.418 Seiten, 2 Ordner,
im Abonnement: Grundwerk € 138,-
(inkl. MwSt. und zzgl. Versand),
ca. 4 Ergänzungslieferungen pro Jahr,
ISBN 978-3-503-17878-0

Online informieren und bestellen:

 www.ESV.info/17878

ESV ERICH
SCHMIDT
VERLAG

Auf Wissen vertrauen

Bestellungen bitte an den Buchhandel oder: Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG · Genthiner Str. 30 G · 10785 Berlin
Tel. (030) 25 00 85-225 · Fax (030) 25 00 85-275 · ESV@ESVmedien.de · www.ESV.info

BISHER ERSCHIENEN IN DEN ROTEN SEITEN VON S&S (AUSZUG)

- 1|2006 **Linda Zurkinder-Erismann:** Foundation Governance – Selbstregulierung im Rahmen internationaler Herausforderungen und Entwicklungstendenzen unter besonderer Berücksichtigung der Situation in der Schweiz
- 2|2006 **Martin Wambach/Alexander Etterer:** Risikomanagement, Controlling und Prüfung
- 3|2006 **Andreas Richter:** Insolvenz von Stiftungen. Handlungspflichten und Haftungsregeln
- 4|2006 **Oliver Mensching/Stefan Strobl:** Grunderwerbsteuerrecht im Non-Profit-Bereich. Strategien bei Umwandlungsvorgängen
- 5|2006 **Bettina Windau/Sigrid Meinhold-Henschel:** Evaluation in Stiftungen. Gegenwärtiger Stand und Empfehlungen für die Praxis
- 6|2006 **Christoph Mecking/Magda Weger:** Stiftungsverwaltungen. Verbundstiftungsmodelle zwischen Stifterbetreuung und Mittelbeschaffung
- 1|2007 **Jürgen Lampe:** Qualitätssicherung in der Verwaltung von Wertpapiervermögen. Das Spannungsfeld zwischen make or buy
- 2|2007 **Christof Wörle-Himmel:** Gemeinnützige Stiftungen als Kooperationspartner. Rechtliche und steuerliche Aspekte
- 3|2007 **Thomas Erdle/Michael Klein:** Die unabhängige Stiftungsverwaltung. Ansätze zur erfolgreichen Strukturierung von Vermögen, Mittelvergabe und Organisation einer gemeinnützigen Stiftungsorganisation
- 4|2007 **Evelin Manteuffel:** Neuerungen im Spendenrecht. Das Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements vom 06.07.2007 – Inkrafttreten rückwirkend zum Jahresbeginn nach erwarteter Zustimmung des Bundesrates am 21.09.2007
- 5|2007 **Holger Backhaus-Maul/Sebastian Braun:** Gesellschaftliches Engagement von Unternehmen in Deutschland. Konzeptionelle Überlegungen und empirische Befunde
- 6|2007 **Friedrich Schröder:** Rücklagen nach § 58 AO und zeitnahe Mittelverwendung. Grundsätze, Berechnungsverfahren und Scheinprobleme
- 1|2008 **1998 – 2007:** 10 Jahre Stiftung&Sponsoring. Autorenverzeichnis – Artikelverzeichnis – Stichwortverzeichnis
- 2|2008 **Andreas Richter/Anna Katharina Eichler/Hardy Fischer:** Unternehmensteuerreform, Erbschaftsteuerreform, Abgeltungssteuer. Auswirkungen der aktuellen Steuerreformen und Reformvorhaben auf Stifter und rechtsfähige Stiftungen
- 3|2008 **Stefan Fritsche/Ulrike Kilian:** Nachfolge in Familienunternehmen durch Unternehmensträgerstiftungen. Möglichkeiten der Satzungsgestaltung
- 4|2008 **Hans Lichtsteiner/Christoph Degen/Christoph Bärlocher:** Stiftungslandschaft Schweiz. Tatsachen und Recht
- 5|2008 **Gabriele Ritter/Tilo Kurz:** Professionalisierung und Management im Krankenhaus. Aktuelle Themen zu Recht und Steuern
- 6|2008 **Konstanze Frischen/Angela Lawaldt:** Social Entrepreneurship. Theorie und Praxis des Sozialunternehmertums
- 1|2009 **Michael Kaufmann/Fabian Schmitz-Herscheidt:** Aktuelle umsatzsteuerliche Fragen gemeinnütziger Einrichtungen. Zuschüsse – Organschaft – Zweckbetrieb
- 2|2009 **Anette Brücher-Herpel:** Lotterierecht. Lotterien, Tombolas und Co., veranstaltet durch gemeinnützige Organisationen
- 3|2009 **Dennis Lotter/Jerome Braun:** MehrWerte für die Wirtschaft. Wie Unternehmen ihre Zukunftsfähigkeit sichern und gesellschaftlichen Wohlstand mehren
- 4|2009 **Gabriele Ritter:** Förderung des Sports. Zwischen ideellem und wirtschaftlichem Handeln
- 5|2009 **Peter Theiner:** Stiftungszweck Völkerverständigung. Robert Bosch und die Robert Bosch Stiftung
- 6|2009 **Karsten Timmer:** Gremienmanagement und Vorstandsarbeit. Die Arbeit von Stiftungsgremien effizient und effektiv gestalten
- 1|2010 **Wolf Schmidt:** Der Stiftungsbericht. Strategische und praktische Herausforderungen
- 2|2010 **Ingmar Ahl/Clemens Greve/Roland Kaehlbrandt:** Stiftungen in Frankfurt am Main. Mit einem Blick in die Rhein-Main-Region
- 3|2010 **Angela Lawaldt/Christian Meyn:** Skalierung von Stiftungsprojekten. Clever investieren – Erfolgreiche Programme verbreiten
- 4|2010 **Manfred Orth:** Aktuelle Entwicklungen im Stiftungs- und Gemeinnützigkeitsrecht
- 5|2010 **Georg v. Schnurbein:** Dienstleistungsorientiertes Stiftungsmanagement. Systematisches und zielorientiertes Führungskonzept für Förderstiftungen
- 6|2010 **Claus Koss:** Bilanzierung für Stiftungen. Grundsätze und Pflichten beim Jahresabschluss
- 1|2011 **Hans Hütt:** Reden schreiben ist eine Kunst. Eine Anleitung für Stiftungen
- 2|2011 **Christoph Mecking/Susanne Zink:** Personal und Stiftungen. Zur erfolgreichen Führung von Nonprofit-Organisationen in herausfordernden Zeiten
- 3|2011 **Tilo Kurz/Susanne Elger/Claudia Mareck:** Förderung des öffentlichen Gesundheitswesens und der öffentlichen Gesundheitspflege. Aktuelle steuerliche Entwicklungen in Theorie und Praxis
- 4|2011 **Oliver Rulle:** Die gemeinnützige eingetragene Genossenschaft. Leitfaden zur Ausgestaltung als steuerbegünstigte Körperschaft
- 5|2011 **K. Jan Schiffer/Matthias Pruns:** Unternehmensnachfolge mit Stiftungen. Ein ganz besonderes Rezept
- 6|2011 **Ingo Strugalla (Hrsg.):** Stiftungen in der Metropolregion Rhein-Neckar. Impulsgeber bürgerschaftlicher Verantwortung
- 1|2012 **Rainer Hüttemann:** Der neue Anwendungserlass zu den §§ 51–68 AO
- 2|2012 **Gabriele Ritter:** Venture Philanthropy, Social Entrepreneurship, Social Business. Eine Betrachtung aus der Sicht des Gemeinnützigkeitsrechts
- 5|2012 **Bernhard Lorentz/Johannes Meier:** Strategische Philanthropie zum Klimaschutz. Ansätze am Beispiel der Stiftung Mercator und der European Climate Foundation
- 3|2012 **Harald Spiegel/Thomas Fritz:** Die E-Bilanz – Anwendungsbereich und Rechtsfolgen bei gemeinnützigen Stiftungen
- 4|2012 **Markus Heuel:** Die Treuhandstiftung – Grenzen und Möglichkeiten
- 5|2012 **Maximilian Eiselsberg/Florian Haslwanter/Helmut Moritz:** Stiftungsstandort Österreich. Bedeutung, Recht und Steuern
- 6|2012 **Martin Käthler:** Kirchliche Stiftungen in Deutschland. Bewegte Vergangenheit. Dynamische Gegenwart. Große Zukunft?
- 1|2013 **Ralf Kläßmann/Gabriele Ritter:** Das „Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts“ und seine Auswirkungen für steuerbegünstigte Stiftungen
- 2|2013 **Felix Streiter:** Die Gestaltung von Förderrichtlinien: Ein Leitfaden für die Stiftungspraxis
- 3|2013 **Barbara Meyn:** Stiftung und Vermögensverzehr. Zivil- und spendenrechtliche Auswirkungen des Ehrenamtsstärkungsgesetzes für Verbrauchsstiftung & Co.
- 4|2013 **Jens Rehländer:** Wie Stiftungen vom Web 2.0 profitieren. Eine Anleitung zum Verständnis und Nutzen sozialer Netzwerke
- 5|2013 **Gert Klöttchen/Jochen Johannes Muth/Katharina Krumpfen/Volkmar Heun:** Stiftung und Umsatzsteuer (Teil I). Allgemeines zur Umsatzbesteuerung gemeinnütziger Stiftungen

Impressum

Stiftung&Sponsoring
Das Magazin für Nonprofit-Management und -Marketing

Ausgabe 01.22 – Februar 2022
Jahrgang: 25. (2022)

Erscheinungsweise: 6-mal jährlich
www.susdigital.de

Herausgeber:
DSZ – Deutsches Stiftungszentrum GmbH,
Erich Steinsdörfer
Institut für Stiftungsberatung Dr. Mecking & Weger GmbH, Dr. Christoph Mecking

Redaktion:
Dr. Hans-Jürgen Hillmer (Verantwortlicher Redakteur), Britta Bode

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
Genthiner Straße 30 G, 10785 Berlin
Telefon (030) 25 00 85-590
Fax (030) 25 00 85-92590
E-Mail: redaktion@stiftung-sponsoring.de

Redaktionsbeirat:

Prof. Dr. Roland Kaehlbrandt, Stiftung Polytechnische Gesellschaft Frankfurt am Main; Ulrich Müller, Joachim Herz Stiftung (Hamburg); Prof. Dr. Ulrike Posch, Fachhochschule des Mittelstands (FHM) (Bamberg); Dr. K. Jan Schiffer, Schiffer & Partner (Bonn); Harald Spiegel, SPIEGEL Rechtsanwälte Wirtschaftsprüfer Steuerberater Partnerschaft mbB (München); Linda Zurkinder-Erismann, StiftungsZentrum.ch (Bern)

Verlag:

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
Genthiner Straße 30 G, 10785 Berlin
Telefon (030) 25 00 85-0, Fax -305
ESV@ESVmedien.de,
www.ESV.info

Vertrieb:

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
Genthiner Straße 30 G, 10785 Berlin
Postfach 30 42 40, 10724 Berlin
Telefon (030) 25 00 85-227, Fax -275
Abo-Vertrieb@ESVmedien.de

Konto: Berliner Bank AG, IBAN DE31 1007 0848 0512 2031 01, BIC (SWIFT) DEUTDEDB110

Bezugsbedingungen:

Jahresabonnement Print: € (D) 119,40
Kombi-Jahresabonnement Print und eJournal: € (D) 141,24
Jahresabonnement eJournal: € (D) 107,88
Sonderpreise für Mitglieder des DFRV unter <http://ESV.info/SuS-Preise>.
Alle Preise jeweils einschließlich Umsatzsteuer; Printausgabe zzgl. Versandkosten.

Die Bezugsgebühr wird jährlich im Voraus erhoben. Abbestellungen sind mit einer Frist von 2 Monaten zum 1.1. eines jeden Jahres möglich.

Anzeigen:

Erich Schmidt Verlag GmbH & Co. KG
Genthiner Str. 30 G, 10785 Berlin
Telefon (030) 25 00 85-626, Fax -630
E-Mail: Anzeigen@ESVmedien.de

Anzeigenleitung:

 Farsad Chireugin

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 7 vom 1. Januar 2021, die unter <https://www.esv.info/z/SuS/zeitschriften.html> bereitsteht oder auf Wunsch zugesandt wird.

- 6|2013 **Sabine Ehlers / Ralf Schmidt / Sabine Korfmann / Iris Melzer / Martin Klöck / Heribert Brixius:** Sponsoring – Steuerrecht aktuell
- 1|2014 **Rainer Hüttemann / Peter Rawert:** Die notleidende Stiftung
- 2|2014 **Gert Klöttchen / Jochen Johannes Muth / Katharina Krumpen / Volkmar Heun:** Stiftung und Umsatzsteuer (Teil II). Gestaltungsoptionen zum Vorsteuerabzug
- 3|2014 **Gabriele Ritter:** Compliance im Nonprofit-Bereich. Hilfreiche Unterstützung oder Modeerscheinung?
- 4|2014 **Bernadette Hellmann / Stefan Nährlich:** Bürgerstiftungen in Deutschland. Entwicklung, Funktionen, Perspektiven
- 5|2014 **Matthias Nagel (Hrsg.):** Erbbaurechte. Eine alternative Vermögensanlage für Stiftungen
- 6|2014 **Susanne Kutz / Annika Noffke (Hrsg.):** Geschichten erzählen. Wie Stiftungen mit Storytelling arbeiten (können)
- 1|2015 **Christoph Regierer / Oliver Haupt / Moritz J. Mühling:** Crowdfunding und Crowdinvesting. Rechtliche und tatsächliche Entwicklungen
- 2|2015 **Gabriele Ritter / Katharina Marx:** Europa und Nonprofits. (K)eine beherrschbare Rechtsmaterie?
- 3|2015 **Jürgen Schlichting:** Stiftungsgründung aus unternehmerischer Perspektive. Ein Stiftungskonzept zur Sicherung von Nachhaltigkeit und Flexibilität
- 4|2015 **Jutta Schröten / Stefan Nährlich:** Service Learning. Mit bürgerschaftlichem Engagement Bildungs- und Lernziele erreichen
- 5|2015 **Martin Schunk:** Das Unmittelbarkeitsgebot nach § 57 AO. Stand, Reform, Tellerrand
- 6|2015 **Volkmar Heun / Katharina Krumpen / Jasmin Neumann / Andreas Stamm:** Alternativen der Unternehmensnachfolge – Stiftungen?
- 1|2016 **Norbert Winkeljohann / Ulrich Störk / Berthold Theuffel-Werhahn:** Fünf Jahre Niedrigzinsphase und kein Ende in Sicht? Die Ergebnisse der PwC-Stiftungsstudie 2016 (Teil 1)
- 2|2016 **Norbert Winkeljohann / Ulrich Störk / Berthold Theuffel-Werhahn:** Fünf Jahre Niedrigzinsphase und kein Ende in Sicht? Die Ergebnisse der PwC-Stiftungsstudie 2016 (Teil 2)
- 3|2016 **Volker Then / Konstant Kehl:** Investieren mit sozialer Wirkung. Social Impact Investing
- 4|2016 **Andreas Schiemenz / Angela Krzykowski:** Die Großspendenakquise. Chancen, Herausforderungen und Möglichkeiten
- 5|2016 **Thomas Schmallowsky:** Sind Stiftungsvorstände abhängig beschäftigt?
- 6|2016 **Thomas Zellweger / Melanie Richards / Peter Englisch / Bernhard Lorentz:** Philanthropie im Familienunternehmen
- 1|2017 **Oliver Scheytt / Lisa Höhne / Svenja Reiner / Annika Sandtner / Sabrina Huber / Marie Meininger / Katharina Reitz / Christian Jansen / Dirk Schütz:** Wie finden Stiftungen qualifiziertes Personal? 10 Schritte zur wirkungsvollen Personalgewinnung von Kulturstiftungen
- 2|2017 **Alexander Etterer / Martin Wambach:** Werkzeuge für mehr Orientierung und Sicherheit bei der Kapitalanlage von Stiftungen. Anlagerichtlinie, Vermögensausschreibung, Vermögensreporting, Vermögenscontrolling und Transparenzbericht
- 3|2017 **Matthias Nagel (Hrsg.):** Erbbaurecht, Neue Perspektiven auf einen Klassiker
- 4|2017 **Hans Christian Blum / Dirk Schauer / Tobias Somary / Louise Lutz Sciamanna / Sibylle Novak / Paul Rizzi / Veit Frommelt / Roger Quaderer:** Stiftungsrechtlicher Standortvergleich D – CH – AT – FL
- 5|2017 **Lutz Förster:** Die Stiftung von Todes wegen. Ein Praxisleitfaden
- 6|2017 **Stiftungen und Fundraising:** Wie Stiftungen sinnstiftenden Menschen ein Mitwirkungsfeld eröffnen (können)
- 1|2018 **Holger Krimmer:** Stiftungen als Akteure und Gestalter von Zivilgesellschaft
- 2|2018 **Andreas Schiemenz / Dennis Fröhlen / Jörg Schepers:** Kapitalkampagne. Der Turbo im Fundraising Große Geber in kurzer Zeit bewegen
- 3|2018 **Martin Block:** Sustainable Development Goals. Grundlage und Auftrag für Stiftungen
- 4|2018 **Hans Fleisch:** Unternehmensverbundene Stiftungen. Bedeutung und Gestaltungsmöglichkeiten
- 5|2018 **Daniel Emmrich:** Entwicklungshilfe 2.0. Die neue Rolle von NGOs
- 6|2018 **Stefanie Rathje:** Gemeinschaft stiften – Aber wie? Wie Multikollektivität Stiftungen helfen kann, das Richtige zu tun
- 1|2019 **Michael Grisko:** Preise, Ehrungen und Auszeichnungen im Alltag von Stiftungen. Überlegungen zur Theorie und Praxis eines Förderinstruments
- 2|2019 **Alexander Etterer / Martin Wambach:** Vermögen kontrollieren und überwachen mit dem Transparenzbericht
- 3|2019 **Alexandra Hahn (Red.):** Kulturelle Bildung und Digitalisierung. Der Rat für Kulturelle Bildung e.V.: Gemeinsames Stiftungshandeln im Verbund
- 4|2019 **Reinhard Berndt / Dimitrios Skiadas:** Das Interne Kontrollsystem in der Stiftung. Ausgestaltung und Prüfung
- 5|2019 **Lutz Förster / Dennis Fast:** Das Erbrecht im Leben der Stiftung – jetzt handeln! Was Stiftungen und Stifter zu beachten haben
- 6|2019 **Wolfgang Blumers:** Der Stifterwille und seine Erhaltung. Unternehmens-trägerstiftungen und die Gefahren ihrer besonderen Ausgestaltung
- 1|2020 **Christoph Mecking:** Selbstdarstellung, Reflektion und Information. Zur Literaturproduktion im und für den Nonprofit-Bereich
- 2|2020 **Christoph Mecking:** Die GmbH im Dritten Sektor. Gemeinnützige GmbH, Stiftungs-GmbH, Tochtergesellschaften im Zivil- und Steuerrecht
- 3|2020 **Stefan Haupt / Christoph Mecking / Ulrich G. Wünsch:** Konfliktbewältigung. Mediation in Stiftungen und Nonprofit-Organisationen
- 4|2020 **Bundesverband Deutscher Stiftungen / Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V. und Deutsches Stiftungszentrum:** Aus der Krise lernen. So arbeitet die Zivilgesellschaft in Zeiten von Corona
- 5|2020 **Diethard Breitkopf:** Die arbeitsrechtliche Stellung des Personals der Stiftungen
- 6|2020 **Rechtsanwälte der DSZ – Rechtsanwalts-gesellschaft mbH:** Der Referentenentwurf zur Stiftungsrechtsreform. Überblick und Analyse
- 1|2021 **Martin Block:** Die internationale Vernetzung von Stiftungen. Beweggründe, Bedingungen, Beispiele
- 2|2021 **Martin Schunk:** Das Unmittelbarkeitsgebot nach § 57 AO. Interpretation und Neuerungen im Hinblick auf Kooperationen
- 3|2021 **Wider Sense GmbH:** Stiftungen wirken durch Haltung und Vertrauen. Schlaglichter dazu, wie sich das Wie des Gebens verändert
- 4|2021 **Nina Leseberg, Henning Baden, André Riemer, Tom Jerusel:** Engagement und Ehrenamt fördern und stärken. Ein Jahr Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt
- 5|2021 **Markus Heuel, Anna Kraftsoff, Stefan Stolte:** Die Stiftungsrechtsreform. Ein Überblick
- 6|2021 **Markus Heuel / Mattheo D. Ens:** Hybride Stiftungsmodelle. Die Allzweckstiftung als alternatives Gestaltungsmodell zur Doppelstiftung

Manuskripte:

Hinweise für die Abfassung von Beiträgen sowie das Word-Template stehen Ihnen zur Verfügung unter: www.stiftung-sponsoring.de/top/ueber-uns/autorenhinweise.html. Das Manuskript erbitten wir per E-Mail bevorzugt in Word, sonst zusätzlich im RTF-Format. Zur Veröffentlichung angebotene Beiträge müssen frei sein von Rechten Dritter. Sollten sie auch an anderer Stelle zur Veröffentlichung oder gewerblichen Nutzung angeboten worden sein, muss dies angegeben werden. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht und das Recht zur Herstellung von Sonderdrucken für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Das Verlagsrecht umfasst auch die Rechte, den Beitrag in fremde Sprachen zu übersetzen, Übersetzungen zu vervielfältigen und zu verbreiten sowie die Befugnis, den Beitrag bzw. Übersetzungen davon in Datenbanken einzuspeichern und auf elektronischem Wege zu verbreiten (online und/oder offline), das Recht zur weiteren Vervielfältigung und Verbreitung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines fotomechanischen oder eines anderen Verfahrens sowie das Recht zur

Lizenzvergabe. Dem Autor verbleibt das Recht, nach Ablauf eines Jahres eine einfache Abdruckgenehmigung zu erteilen; sich ggf. hieraus ergebende Honorare stehen dem Autor zu. Die zur Veröffentlichung angebotenen Fachaufsätze werden von der Redaktion begutachtet und gegebenenfalls von einem weiteren Gutachter geprüft. Sie müssen vom verantwortlichen Redakteur zur Veröffentlichung angenommen werden. Bei Leserbriefen sowie bei angeforderten oder auch bei unaufgefordert eingereichten Manuskripten behält sich die Redaktion das Recht der Kürzung und Modifikation der Manuskripte ohne Rücksprache mit dem Autor vor.

Leserbriefe senden Sie bitte direkt an die Redaktion (redaktion@stiftung-sponsoring.de)

Gender-Hinweis: Soweit in dieser Publikation Funktionsbezeichnungen verwendet werden, gelten diese gleichermaßen für alle Geschlechter.

Rechtliche Hinweise:

Die Zeitschrift sowie alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des

Verlages. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. – Die Veröffentlichungen in dieser Zeitschrift geben ausschließlich die Meinung der Verfasser, Referenten, Rezensenten usw. wieder. – Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in dieser Zeitschrift berechtigt auch ohne Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Markenzeichen- und Markenschutzgesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Nutzung von Rezensionstexten:

Es gelten die Regeln des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels e.V. zur Verwendung von Buchrezensionen. <http://agb.ESV.info/>

Zitierweise: S&S Heft/Jahr, Seite
ISSN: 1438-0617

Satz: AnniLanger.de, Berlin
Druck: H. HEENEMANN, Berlin

